

WESTAST SO NICHT!

Biel/Bienne, 31.08.18

Medienmitteilung

Alibiübung statt ganzheitlicher Variantenvergleich

Das Komitee „Westast – so nicht!“ ist enttäuscht über den neuen Baudirektor Christoph Neuhaus: Er hat heute ein Parteigutachten veröffentlicht, mit dem er das zerstörerische Autobahnprojekt des Kantons durchdrücken will. Damit wird die Mitwirkung von Kritikern und Betroffenen, die in den nächsten zehn Tagen stattfinden soll, zur Alibiübung. Das Komitee hält an seiner Forderung nach einer unabhängigen, transparenten und umfassenden Überprüfung von „Westast so besser“ fest. Die beiden je 270 Meter langen offenen Anschlüsse mitten im Stadtzentrum dürfen nicht gebaut werden. Biel braucht keine Luxusautobahn mit zehn Autobahnanschlüssen.

Der neue Berner Bau-, Energie und Verkehrsdirektor Christoph Neuhaus hat heute ein oberflächliches Parteigutachten präsentiert, das über die Sommerpause eiligst vom Tiefbauamt des Kantons Bern erstellt wurde. Mitverfasst wurde der Bericht von drei Ingenieurbüros, welche alle seit Jahrzehnten grosse Projekte für den Bund und den Kanton Bern erstellen und für die Planung und Realisierung der umstrittenen Autobahn A5 in Biel verantwortlich sind. Damit machen sich erneut die Täter zum Richter über ihr eigenes Projekt.

Das Komitee ist enttäuscht über den neuen Baudirektor, der knapp zwei Monate nach Amtsantritt im Fahrwasser seiner Chefbeamten Autobahnpläne aus dem letzten Jahrhundert vorantreibt. Das Komitee kritisiert zudem, dass sich die Bauingenieure in ihrem Bericht auf die verkehrlichen Auswirkungen konzentrieren und die grossen Risiken für die Umwelt, die Eingriffe in den Stadtraum sowie die Lebensqualität während und nach der Bauzeit kaum berücksichtigen; dies steht im Widerspruch zu Forderungen der Stadt Biel sowie einer klaren Mehrheit der städtischen und kantonalen Parlamente. Weiter basiert der Bericht auf veralteten Daten, weil die Auswirkungen des im letzten Herbst eröffneten Ostasts nicht berücksichtigt wurden.

Forderungen der Stadt Biel ignoriert

Besonders irritierend ist das eigenmächtige Vorpreschen der Baudirektion. Sie lehnt in ihrem Bericht die vertiefte Prüfung von Alternativen ab, unmittelbar bevor die für den 4. und 11. September angekündigte Aussprache mit den betroffenen Gemeinden, Bürgerorganisationen sowie den Umwelt- und Wirtschaftsverbänden stattfindet. Damit verkommen die geplanten Konsultationen und Bürgergespräche zur Farce, und der Regierungsrat ignoriert die unmissverständliche Forderung der

WESTAST SO NICHT!

Stadt Biel, wonach das Vorgehen beim Variantenvergleich im Dialog und unter Einbezug der Initiantinnen und Initianten von „Westast so besser“ zu definieren und von unabhängiger Seite zu moderieren sei.

Vorerst eine gelbe Karte für Neuhaus

Wegen seines unfairen Vorgehens zeigt das Komitee Regierungsrat Christoph Neuhaus die gelbe Karte, bleibt aber vorläufig Gesprächsbereit. Vertreter des Komitees sowie der beschwerdeführenden Verbände werden die bereits vereinbarten Gespräche der nächsten zehn Tage nutzen, um Fehler im Bericht des Kantons zu korrigieren und nochmals dezidiert einen echten, unabhängigen und umfassenden Variantenvergleich unter Einbezug aller Akteure zu fordern. Dabei wird hoffentlich klar, ob die angekündigte Mitwirkung ein echtes, lösungsorientiertes Gesprächsangebot ist – oder bloss dazu dienen soll, die erhitzten Gemüter in Biel zu beruhigen.

Das Komitee „Westast so nicht!“ ist eine Bürgerbewegung mit über 2000 Mitgliedern und hat Anfang November 2017 ein alternatives Projekt vorgestellt. Dieses verzichtet auf die zwei mehrstöckigen offenen Autobahnanschlüsse mitten in der Stadt. Stattdessen schlägt es einen langen, stadtverträglichen Tunnel unterhalb des Grundwassers vor. Durch den Verzicht auf die komplizierten Anschlussbauwerke und die risikoreiche Durchquerung des Grundwassers kommt das Projekt rund 600 Millionen Franken günstiger als jenes von Bund und Kanton, welches laut offiziellen Angaben rund 2,2 Milliarden Franken kostet wird. Das Berner Kantonsparlament hat die Regierung Anfang Juni mit nur einer Gegenstimme gezwungen, „Westast so besser“ ernsthaft zu prüfen. Ein seriöser Vergleich der beiden Varianten würde maximal 500'000 Franken kosten, was 0,2 Promille der budgetierten Baukosten entspricht. Es ist unverständlich, dass der Kanton Bern und das Bundesamt für Strassen nicht bereit sind, eine Variante vertieft zu prüfen, die den Steuerzahlerinnen und -zahlern Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe bringt.

Weitere Auskünfte:

Komitee „Westast – so nicht!“
Catherine Duttweiler, Mediensprecherin
ehemalige Chefredaktorin Bieler Tagblatt
079 370 13 26
info@westastsonicht.ch